



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Sommersession des Nationalrates:

Kleine AHV-Reform könnte gelingen

Thürnen, 21. Juni 2021

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Ich bin froh, dass die Pandemie und das COVID19 Regime nun langsam aber sicher wieder von der Tagesordnung verschwinden – auch im Parlament. Wir haben die Session genutzt, wichtige, zukunftsweisenden Entscheide zu fällen, zum Beispiel bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Stabilisierung der AHV. Aus meiner Sicht auch ein wichtiger Punkt: der Abbruch der Verhandlungen über das Institutionelle Rahmenabkommen mit der Europäischen Union ist unschön, aber kein Beinbruch.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein neuer Anlauf ([20.455](#))

Nach dem Volks-Nein im September 2020 zu den Steuerabzügen für die familienexterne Kinderbetreuung nahm der Nationalrat mit einem Vorstoss der FDP-Fraktion einen neuen Anlauf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein unbestrittenes Anliegen. Doch die Kombination von Steuerabzügen für die externen Kosten bei gleichzeitig höheren Kinderabzügen ging dem Stimmvolk zu weit.

Der Vorschlag unserer Fraktion verfolgte insbesondere das Ziel, gut ausgebildete Frauen mit Kindern zum Wiedereinstieg zu motivieren und damit dem Fachkräftemangel im eigenen Land zu begegnen. Denn die Arbeit für die Zweitverdienerin muss sich lohnen. Geht es nach der deutlichen Mehrheit des Nationalrats, dürfen in Zukunft pro Kind, das das 14. Altersjahr noch nicht vollendet hat, bis zu 25'000 Franken der nachgewiesenen Kosten für die externe Kinderbetreuung abgezogen werden. Eine Erhöhung des allgemeinen Kinderabzuges für jegliche Betreuungsform, wie dies eine Minderheit nach der gescheiterten Volksabstimmung wiederum forderte, wollte der Nationalrat nicht mehr. Dies wurde als Zwängerei taxiert. Nun geht das Geschäft in den Ständerat.

Stabilisierung der AHV ([19.050](#))

Mit einem neuen Anlauf will das Parlament die AHV in einem ersten Schritt bis ins Jahr 2030 finanziell stabilisieren und die Renten zumindest vorläufig sichern. Damit diese «kleine Reform» gelingt, braucht es Massnahmen sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite. Unbestritten war schlussendlich die Erhöhung des AHV-Rentenalters für die Frauen von heute 64 auf neu 65 Jahre. Ausgleichszahlungen sollen den Übergangsjahrgängen stufenweise und in

Abhängigkeit ihrer Einkommen die daraus entstehenden Nachteile ausgleichen. Umgekehrt proportional zum Lohn sind Rentenzuschläge von 50 bis 150 Franken pro Monat vorgesehen. Das oberste Ziel ist es, eine mehrheitsfähige Reform zu erreichen und durch das Parlament zu bringen, die auch vor dem Volk Bestand haben muss, da man ja aufgrund der Erhöhung des Rentenalters mit einem Referendum von linker Seite rechnen muss.

Geschlossen unterstützte die FDP-Fraktion eine solide Mehrheit, die sich für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte zugunsten des AHV-Fonds aussprach. Nicht zufrieden sind wir mit der Politisierung der Schweizerischen Nationalbank. Aus meiner Sicht ist wichtig: Die Nationalbank muss unabhängig bleiben. Unterstützt von links und rechts kam ein Antrag durch, der die Gewinne der SNB aus den Negativzinsen der AHV zuschanzen will. «Finger weg vom Geld der Nationalbank», forderte Parteikollegin Regine Sauter vergebens. In der Herbstsession werden wir unseren Einfluss im Ständerat geltend machen, damit die Kleine Kammer diesen staatspolitisch sehr gefährlichen Kurs ablehnt.

InstA – abgebrochene Verhandlungen ([Sonderdebatte](#))

Dass der Bundesrat die Verhandlungen über das Institutionelle Rahmenabkommen InstA mit der EU abgebrochen hat, ist die einzig logische Konsequenz und damit auch schlüssig. Insbesondere zwei offene Baustellen liessen vorausahnen, dass das Abkommen vor dem Volk keine Chance gehabt hätte. Der Bundesrat wäre schlecht beraten, eine Vorlage an die Urne zu bringen, welche kaum eine Chance auf Erfolg hat.

Bei einem persönlichen Gespräch erklärte mir Aussenminister Ignazio Cassis die Beweggründe für den Entscheid des Bundesrates. Insbesondere beim Lohnschutz und bei der sogenannte Unionsbürgerrichtlinie, die den Zugang aller EU-Bürgerinnen und -Bürgern zu unseren Sozialwerken gewährt hätte, waren keine Kompromisse in Sicht. Die Verhandlungen dauerten zudem schon viel zu lange.

Etliche Gruppierungen zeigen sich enttäuscht. Wie zu erwarten, führte das Thema im Nationalrat während der dritten Sessionswoche zu einer hitzigen Debatte (zur [Sonderdebatte](#)). Alle Fraktionen reichten dringliche Interpellationen ein. Ebenso die FDP Fraktion ([21.3516](#)).

Die SP und die Grünen haben wesentlich dazu beigetragen, dass das InstA abgelehnt wurde. Es ist ein klarer Widerspruch, zum Verhalten im Rat, wenn sich nun grüne Baselbieter Parlamentarierinnen versuchen zu profilieren und sich derart um unseren Forschungsstandort sorgen – ich freue mich über jeden Politiker der hier klüger wird. Ein EU-Beitritt, wie dies die SP vorschlägt, ist ganz sicher nicht die Rettung aus dem Dilemma – denn auch der SP ist bewusst, dass die Bevölkerung dazu nein sagt. Politische Vorschläge sollten zumindest eine Chance auf Erfolg haben, damit sie ernst genommen werden können.

Natürlich sind wir auf gute Beziehungen zu unseren Nachbarn angewiesen. Deshalb präsentieren wir, nota bene als einzige Partei, realistische Lösungsansätze:

- Den bilateralen Weg erachten wir weiterhin als Königsweg. Ein struktureller politischer Dialog, wie ihn FDP-Bundesrat Cassis vorschlägt, soll diesen ebnen.

- Partnerschaften ausserhalb des europäischen Raumes gilt es zu pflegen und auszubauen.
- Ein nationales Fortschrittsprogramm soll Rahmenbedingungen schaffen, die den Erhalt und den Ausbau des Wohlstands sowie der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes sichern. Dabei gilt es, einen weiteren Ausbau des Sozialstaates zu verhindern und das Steuer- und Abgabensystem attraktiver zu gestalten.

Ich bin überzeugt, dass die Verhandlungen der vergangenen Jahre die Beziehungen belastet haben – wie alle Verhandlungen. Deshalb sollten wir nun in der Aussenpolitik die «verhandlungsfreie» Zeit nutzen, um vor allem das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

Pharma, Pandemie und Bürokratie


In der seit nunmehr einem Jahr andauernden Pandemiesituation haben sich viele Pharmafirma bemüht, einen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie zu leisten. An vielen Stellen haben die Behörden wie BAG und Swissmedic aber zu wenig rasch und zu wenig pragmatisch gehandelt. So sind entscheidende Produkte, die helfen könnten, die Pandemie einzudämmen nicht verfügbar. Offenbar wurde Pharmafirmen gar untersagt, vorliegende klinische Studien mit Fachpersonen zu diskutieren resp. die Öffentlichkeit über deren Existenz zu informieren. Ich habe deshalb mit der Interpellation [21.3471](#) nachgefragt, was man hier besser machen kann. Die Antwort erwarte ich in der Herbstsession.

Entscheid von Petra Gössi

Als eigentlichen Donnerschlag empfindet die FDP-Fraktion den Rücktritt von Parteipräsidentin Petra Gössi. Unermüdlich und vorausschauend führte sie die Partei durch fünf Jahre mit grossen inhaltlichen Herausforderungen. Das Amt einer Parteipräsidentin beziehungsweise eines Parteipräsidenten ist alles andere als einfach, gilt es doch zwischen den unterschiedlichsten Meinungen von der Basis bis zur Spitze zu vermitteln und gleichzeitig die Sachgeschäfte voranzutreiben. Petra Gössi setzte sich mit Leib und Seele für die FDP ein. Dafür danke ich ihr herzlich. Ihr Rücktritt stimmt mich traurig, denn sie ist nicht nur eine Parteikollegin, sondern vielmehr eine gute Freundin.

Ich verstehe jedoch den Entscheid von Petra Gössi. Sie wählte den richtigen Zeitpunkt. Er lässt der Partei die nötige Zeit bis zum Ende dieses Jahres, eine neue Präsidentin oder einen neuen Präsidenten zu wählen. Auf die neue Führung warten grosse Herausforderungen. So müssen wir die Diskussion wieviel Klima- und Umweltpolitik es sein soll parteiintern führen. Ein Richtungsstreit wäre zu viel gesagt. Aber ich bin schon der Meinung, dass der Rücktritt von Petra Gössi zum Anlass für eine wirklich breite Auslegeordnung genommen werden muss. Wir brauchen eine weitreichende Aussprache über den künftigen Kurs. Wirtschafts-, Finanz- und Sozialversicherungsthemen müssen wieder vermehrt Platz haben, denn dort können wir uns als Partei und Fraktion einen. Weitere Punkte können Sie auch vom Interview in der Volksstimme entnehmen, welches ich dieser Mail beigefügt habe. Die grösste Herausforderung wartet in zwei Jahren auf die neue Präsidentin oder den neuen Präsidenten. Ihr bzw. ihm obliegt es, die FDP erfolgreich in die Wahlen vom Herbst 2023 zu führen.

Nun wünsche ich Ihnen einen schönen Sommer, ein wenig Musse und gute Erholung. Geniessen Sie die neuen Freiheiten und gehen Sie sorgsam mit diesen um. Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und freue mich, Ihnen anfangs Oktober wieder aus der Herbstsession zu berichten.



Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch



Blick vom Gurten anlässlich unseres Fraktionsessens